



## FRAKTION IM KREISTAG POTSDAM-MITTELMARK

Martin Köhler - Pressesprecher

Drosselweg 28, 14822 Borkheide fon: 033845 - 40782, E-Mail: martin.koehler@gruene.de

Borkheide, den 14.03.2008

Pressemitteilung – PM0802

### **Unsoziale Koalition lehnt Sozialfonds für Bedürftige ab - Mittel für bedürftige Schülerinnen und Schüler wären vorhanden**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen vor, dass die SPD das „S“ und die CDU das „C“ aus ihren Namen streichen. Es gab definitiv kein Sachargument mehr, notwendige Hilfen zu verweigern. Diese Haltung der Koalition ist weder sozial noch christlich! In namentlicher Abstimmung hatten alle anwesenden Abgeordneten von SPD, CDU, FDP und DVU, sowie bis auf wenige Ausnahmen die Abgeordneten der Fraktion Freie Bürger und Bauernverband in der gestrigen Kreistagssitzung die Einrichtung eines Sozialfonds für bedürftige Schülerinnen, Schüler und Auszubildende abgelehnt.

Dazu erklärt Martin Köhler, Initiator eines Sozialfonds für bedürftige Schülerinnen, Schüler und Auszubildende und Pressesprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Potsdam-Mittelmark:

„In den Beratungen der Ausschüsse des Kreistages sind wir auf alle Anregungen und Bedenken von Abgeordneten der Großen Koalition eingegangen und haben eigene Bedenken zurück gestellt: so wurde der Sozialfonds nur für das Schuljahr 2008/2009 konzipiert, das einfache Gutschein-Verfahren akzeptiert und eine mit dem Kämmerer des Landkreises abgestimmte Finanzierung vorgeschlagen. Die Mittelmärkische Agentur zur Integration in Arbeit (MAIA) hatte signalisiert, das Verfahren eigenverantwortlich durchführen zu können. Der Landkreis könnte die Mittel bereit stellen, ohne sich zu verschulden. In einer Klausel hatten wir festgehalten, dass die Zahlungen nur dann erfolgen sollen, wenn weder der Bundes- noch der Landesgesetzgeber Regeln beschließt, die die beschriebenen sozialen Mängel beseitigen.

Fassungslos sind wir über die Äußerungen der beiden Landtagsabgeordneten Susanne Melior (SPD) und Saskia Funck (CDU), die sich damit heraus redeten, der Landkreis sei nicht zuständig (Melior) und müsste sich dafür verschulden (Funck). Frau Melior hatte bereits vor Monaten im Kreistag eingeräumt „Wir haben da ein Problem“ und Frau Funck sagte gestern: „Wenn es Probleme gibt, dann können wir darüber reden“! - Nun die Probleme sind lange bekannt und wurden in den Ausschüssen seit September 2007 diskutiert. Andere Kommunen, wie die kreisfreie Stadt Oldenburg, haben Schülersozialfonds eingerichtet. Das Sozialgericht Berlin sprach einer betroffenen Mutter entsprechende Leistungen zu. Verschulden muss sich der Landkreis nicht, da die Mittel aus zusätzlichen Zuweisungen des Landes genommen werden können. Und wer sollte denn für die eigenen Einwohnerinnen und Einwohner zuständig sein, wenn nicht der eigene Landkreis?

Auf Bundesebene gibt es eine Debatte über die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze. Während sich im Bundestag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Anhebung auf 420 € im Monat einsetzen, so wie es der Paritätische Wohlfahrtsverband empfiehlt, streiten Sozial- und Christdemokraten um Beträge weit darunter. Eine spezielle Hilfe für bedürftige Schülerinnen, Schüler und Auszubildende ist dort bislang nicht erörtert worden. Und im Landtag haben weder Frau Melior (SPD) noch Frau Funck (CDU) Initiativen in diesem Sinne gestartet. Nein! - Unbeeindruckt von der sozialen Notlage wenden sich Sozialdemokraten und Christdemokraten von den ärmeren Teilen der Bevölkerung unseres Landkreises ab!

Wir hoffen, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises diese unsoziale Koalition am 28. September durch ihre Wahlentscheidung bei der Kommunalwahl helfen zu beenden und es dann mit einer anderen Zusammensetzung des Kreistages möglich wird, bedürftige Schülerinnen, Schüler und Auszubildende zu unterstützen.“

Rückfragen bitte an:

Martin Köhler, Tel.: 033845 – 40782 - E-Mail: martin.koehler@gruene.de